

Breslauer Zeitung.

Wochentlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 1/4 Gr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfziglichen Zeile in Petitschrift 1 1/2 Gr.



Nr. 118. Mittag-Ausgabe.

Sechzehntausigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 10. März 1865.

Preußen.

Berlin, 9. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein genehmigt geruht: Dem Kreis-Bundarzt Weber zu Köln den rothen Adlerorden vierter Classe, so wie den Vorstehenden der Eisenbahn-Direction zu Elberfeld und zu Saarbrücken, Regierungs-Rath Dancio zu Elberfeld und Regierungs-Rath Freiherr v. Duering zu Saarbrücken, den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath und dem Kanzlei-Rath und Director der Geheimen Kanzlei des General-Post-Amts. Hs. Hier hierselbst den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath und dem Rechnungs-Rath und Director des Rechnungs-Bureau's des General-Post-Amts Offenhammer hierselbst. Letzterem bei seinem Auscheiden aus dem Dienste, den Titel als Geheimer Rechnungs-Rath zu verleihen; den Eisenbahn-Bau-Inspector Johann Wilhelm Schwedler zu Berlin zum Regierungs- und Baurath; und an Stelle des verstorbenen Conflus M. Barceno in Vigo den dortigen Kaufmann August Barcena Franco zum Consul dafelbst zu ernennen.

Dem Regierungs- und Baurath Johann Wilhelm Schwedler ist die Stelle als Vorsteher des technischen Bureau's in der Eisenbahn-Abtheilung des Handels-rc. Ministeriums verliehen worden.

Berlin, 9. März. [Se. Majestät der König] nahmen heute den Vortrag des General-Adjutanten, General-Lieutenants Freiherrn v. Manteuffel, entgegen und empfingen den herzoglich anhaltischen General-Major Stockmar.

(St. A.)

O. C. [Nachtrag zum Budgetbericht.] Heute ist der Nachtrag zu dem allgemeinen Bericht der Budget-Commission, der durch den bekannten Staatsministerial-Beschluß vom 12. Februar 1864 nothwendig geworden, im Druck erschienen. „Nach diesem Beschluss, sagt der Nachtrag, hat das Staatsministerium für das ganze Jahr 1864 die Finanzverwaltung lediglich nach den Grundsätzen des absoluten Staates eingerichtet. Eine nochmalige Berufung des Landtags zur Vereinbarung eines anderweitigen Staats-, eine Auflösung des Hauses der Abgeordneten, usw. mit einem neu gewählten Hause einen Staatshaushalts-Etat zu vereinbaren, eine provisorische Geldbewilligung des Landtags, überhaupt alle verfassungsmäßige Mittel, um das unbedingt von der Verfassung (Art. 99 und 104) vorgeschriebene alljährliche Gesetz über den Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1864 zu Stande zu bringen, werden von der Staatsregierung vollständig und für das ganze Jahr 1864 außer Acht und bei Seite gelassen.“

Die Budget-Commission hat keine Veranlassung oder Verpflichtung, die Grundsätze der budgetlosen Verwaltung zu kritisieren. Das Staatsministerium hat allein die volle Verantwortlichkeit für dieselben zu tragen. Aufallen muß es allerdings, daß hauptsächlich productive Ausgaben von der budgetlosen Verwaltung nicht geleistet werden, vielmehr Ersparnisse und reservierte Fonds durch Nichtleistung dieser Ausgaben gebildet werden sollen. Die Budget-Commission hält sich verpflichtet, bei der Berathung des Etats-Entwurfes für 1865 unfehlbar den Gesichtspunkt zu verfolgen, daß derselbe für den Fall, daß der Entwurf Gesetz wird, den wirklichen Bedürfnissen des Landes entspricht, und daher das Vorhandensein etwaiger Ersparnisse oder zur Verwendung referirter Mittel genauer zu prüfen.“ Der Commissarius des Finanz-Ministeriums erklärte, daß er nicht autorisiert sei, sich über den Staatsministerial-Beschluß vom 12. Februar 1864 im Allgemeinen auszulassen, daß er aber erläutern könne, daß alle nicht verausgabten Fonds zur Verbrauchung pro 1865 reservirt und in Rest gestellt seien; daß er aber nicht speziell angeben könne, welche einzelne Posten in den verschiedenen Verwaltungszweigen verwendet oder reservirt seien. Es werde sich das bei der Spezialberathung der verschiedenen Staats- aber leicht feststellen lassen. Das Verfahren der Reserveierung an sich sei durch die Vorstufe gegeben gewesen und gerechtfertigt, welche der Krieg gegen Dänemark erforderlich gemacht habe.

[Lehranstalten in Posen.] Von dem Abg. Kantak und 14 Ge- nossen ist ein Antrag auf schleunigste Abhilfe gegen den Mangel an Lehr-Anstalten im Großherzogthum Posen, der durch die Aufhebung des Gymnasiums in Trymezno hervorgetreten ist, und auf Erlass für die genannte Stadt, wenn nicht durch Wiederherstellung des aufgehobenen Gymnasiums, so doch durch Errichtung einer der Stadt und Umgebung adäquaten höheren Lehranstalt. Vier Tage nach dem entgegenstehenden Beschluss des Hauses der Abgeordneten vom 12. Dezember 1863 ist das Gymnasium in L. durch Cabinets-Ordre und zwar, wie Geh. R. Wiese in seinem Bache über die höheren Lehranstalten in Preußen bemerkt, „aus politischen Gründen“ auf- gehoben worden.

[Zu dem Bericht der Petitions-Commission über die Be- förderten und Anträge der Dissidenten.] Dessen Berathung auf der nächsten Tagesordnung des Hauses der Abgeordneten steht, sind bis heute fünf Abänderungs-Anträge zu den Commissions-Anträgen angekündigt:

nämlich von den Abgeordneten Bassenge, Wagner (Neustettin), Dr. Lan- gerhans, Jung und Mellien. Wir geben ihren Wortlaut heute nicht, da er bei der nahe bevorstehenden Debatte im Hause doch wiederholt wer- den müßte.

[In der heutigen Sitzung der Militär-Commission] war die Regierung nur durch den Major Hartmann vertreten, da der Kriegsminister eines leichten Unwohlseins wegen nicht erscheinen konnte. Zunächst erklärte Abg. v. Baerst, daß er den Wunsch nach Befestigung des Conflicts theile, aber in dem vorliegenden Gesetzentwurf keine Handhabe zur Verständigung, kein Zeichen des Entgegenkommens finden könne. Er fragt, ob die Regie- rung unabänderlich auf der Vorlage bestehet: nur wenn sie einen andern Entwurf anzunehmen sich bereit erkläre, könne auf Amending ein eingegangen werden. Abg. Lette ist der Meinung, daß sich ein Ausweg finden läßt, b. i dem von Concessionen faum die Rede ist: eine Vereinbarung über die Friedensstärke des Heeres. Die Vorlage stehe im Widerspruch mit der Rede des Kriegsministers, daß es sich um die Ausgleichung controverer Interpretationen handle.“ Lette kündigt ein Amending an, das an § 3 des Gesetzes vom 3. September 1814 antrifft. (Dieser § lautet: „Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr wird nach den jetzmaligen Staatsver- hältnissen bestimmt.“) Der wesentliche Inhalt dieses Amendements ist: die Friedensstärke der Armee beträgt 180.000 Mann ohne die Offiziere und Nicht-Combattanten, das Minimum der jährlichen Aushebung 63.000 Mann, und bei ausbrechendem Kriege soll es der Regierung freistehen, die 2 jüngsten Jahrgänge der Landwehr nebst Offizieren bei der Linie einzustellen.

Darauf erwidert Major Hartmann: Die Regierung halte die Einstellung der jüngsten Jahrgänge der Landwehr für eine Nothwendigkeit, wenn für die älteren eine Erleichterung geschafft werden soll, und ihr sei daher der zweite Theil des Amendements Lette ganz genehm. Die Feststellung des Präsenzstandes sei nicht unbedingt abzulehnen, wenn nämlich die Zahl ausreichend genug bemessen, wenn ferner der Grundfahrt festgehalten werde, daß bei veränderten Verhältnissen auch eine größere Zahl bewilligt werden müsse, und wenn endlich der ganze Conflict damit seine völlige Ausgleichung finde. Auf die Bitten des Amendements werde später eingegangen werden. Abg. Dr. Jacoby glaubt, daß hr. Lette wie der Regierungskommissare die Be- deutung des Conflicts unterdrückt, wenn sie ihn durch einen Compromiß zu besetzen meinen. Für sein Volum seien politische, nicht militärisch-technische Gründe entscheidend. So lange das Heer nicht auf die Verfassung bereitgestellt ist und kein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz besteht, ist ein starles stehen- des Heer eine beständige Bedrohung der Volksrechte. Der Kriegsminister sagte, er habe zwar viel von Wehrpflicht, aber nicht von Wehrrecht sprechen hören. Dem gegenüber erwidert er, daß ursprünglich auf das Landwehrkreuz die Worte „Wehrlos — Ehrlös“ hätten geschildert werden sollen, womit sicher ein Wehrrecht anerkannt würde. Die Vorlage sei zu verwerfen und dem Gesetz von 1814 festzuhalten.

Abg. Beitzke: Die Landwehr sei von der Linie verdrängt, die Landwehrstämmen würden nur noch benötigt zur Ausführung der Rekrutierung und Handhabung der Militär-Polizei. Die Neorganisation habe uns militärisch nicht gefährdet und finanziell geschwächt. Der Militär-Etat müsse ermäßigt werden, da die Verstärkung der Flotte und die Erhöhung des Soldes für Unter-Offiziere und Gemeine nothwendig sei. Redner nennt ein pommersches Regiment, in welchem vom Lieutenant bis zum Gemeinen seit etwa 200 Jahren das Attakat bis heute dasselbe geblieben, teilweise sogar niedriger geworden; nur das der höheren Chargen habe sich verbessert. Früher habe sich der Mann nur einen Abzug für die Montur gefallen lassen müssen, die er sich selbst beschaffen mußte; dafür betrug der Abzug monatlich etwa 1 Thlr. Er stimme für einfache Ablehnung der Vorlage. Der Reg.-Commissar: Daß die Armee durch die Neorganisation an militärischer Kraft ge-

wonnen habe, könne nicht bestritten werden. Sei auch die Feldarmee nicht wesentlich größer geworden, so sei doch die Reserve von 30,000 auf 80,000 Mann gewachsen, und auch qualitativ sei die Armee durch Aufnahme jüngerer Kräfte besser geworden. Der Sold-Verbesserung für Gemeine und Unteroffiziere widme die Regierung die größte Aufmerksamkeit.

Abg. v. Unruh: Den Begriff des obersten Kriegsherrn, dessen Sache die innere Organisation der Armee nach der Ansicht des Kriegsministers ist, temne die Verfassung nicht. Der hr. Minister habe auf seine in der ersten Sitzung der Commission an ihn gerichteten Fragen keine Antwort ertheilt. Wenn das Haus das Amendment Lette annehme, so sei sein vierjähriger Widerstand gegen die Neorganisations nicht zu begreifen; es steht mir ihr nicht in Widerspruch. — Abg. Stavenhagen beläuft den Standpunkt Waldeck's und Jacoby's. Er (Nedner) halte auch am Gesetz von 1814 fest, nur wolle er den § 3 deselben ausführen durch Fixierung der Präsenzzahl, die jedenfalls der Regierung eine positive Grenze setze. Die Landwehr von 1858 sei allerding wegen Mangels an tüchtigen Offizieren und Unteroffizieren wirklich verbesserungsbefürdig gewesen. Er bringe sein Amending ein, welches die Friedensstärke der Armee auf 180.000 Kopfe einschließlich der Offiziere und Verwaltungsbeamten feststellt. In derselben schwaltet Abg. v. Bodum-Dolffs die Worte ein: „bei zweijähriger Dienstzeit und dreijähriger Referenzzeit bei der Infanterie.“ Abg. Lette vertheidigt sein Amending damit, daß die starke Aushebung nothwendig eine Verstärzung der Dienstzeit herbeiführen müsse.

Abg. Mühlendorf verließ seine Resolution, welche 175.000 Mann bewilligen will, falls vorher das Budgetrecht des Hauses anerkannt und ein Gesetz über Minister-Verantwortlichkeit und die Befugnisse einer Ober-Steuer-Kammer zu Stande gekommen ist.

Damit ist die General-Diskussion geschlossen und Abg. Gneist nimmt als Referent das Wort: es zeige sich in der Commission das Bestreben, einen Vereinigungspunkt zu finden; aber die Schwierigkeit bleibe zu groß, so lange die Regierung über das Maß schweige, auf das sich ihre Forderungen reduciren ließen. Die Initiative mag für die Regierung schwierig sein, für das Haus sei sie unmöglich.

[Die vereinigten Commissionen für Justiz und Handel] haben heute § 1—7 der Regierungs-Vorlage, betreffend die Gerichtsbarkeit der Consuln, angenommen. Die Berathung rückt langsam vor, da der Vorlage ein Gegenentwurf gegenübersteht. Die Regierung war wiederum durch die Geh. Räthe Pape und Koenig vertreten.

[Außer den principiellen Differenzen, die zwischen Preußen und Österreich in Betreff der Herzogthümer bestehen], scheinen auch Mißhelligkeiten entstanden zu sein, durch welche das früher so einmuthige Zusammenwirken der beiderseitigen Commissäre gestört zu werden droht. Wenigstens schreibt ein Correspondent der „B. u. H.-Z.“ vom 7. März:

„Dem Vernehmen nach ist an den Grafen Karolyi die Weisung ergangen, dem Berliner Cabinet gegenüber, gestützt auf die betreffenden Berichte des beiderseitigen Commissärs in den Herzogthümern, in sehr eindringlicher Weise gegen eine Tendenz Einsprache zu erheben, welche sich in einer Reihe einheitlicher Verfügungen der letzten Zeit darzustellen scheine, und welche nur auf einer vollständigen Verkenning des Maßes der beiderseitigen Rechte beruhen könne. Er ist der Ueberzeugung, daß ein solches Vorgehen des preußischen Commissärs den Absichten seiner Regierung vollständig fremd sei, gleichzeitig aber der übersichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese Regierung in geeigneter Weise Sorge tragen werde, der Stellung, die zu behaupten Österreich eben so sehr das Interesse als das Recht habe, die gleiche Wahrhaftigkeit und Rücksicht zu sichern, welche Österreich seinerseits der Stellung Preußens jederzeit und in vollem Maße habe zu Theil werden lassen. Man sieht, daß allmählich nicht mehr bloß die Geister aufeinander plakten.“

Nicht nur in der Civiladministration scheint vollkommene Einigkeit zu fehlen, auch über die militärische Besetzung müssen, wie u. A. die einander widersprechenden Nachrichten über eine nach Schleswig zu legenden österreichische Garnison ergeben, noch unausgeglichene Meinungsverschiedenheiten obwalten.

Uebrigens giebt sich in den Herzogthümern selbst über manche Administrativ-Maßregel der Civilcommissäre Unzufriedenheit zu erkennen; so z. B. in Altona, wo, wie der „Hamburger Correspondent“ der „B. u. H.-Z.“ mittheilt, die Civilcommissäre eine ganz verrottete, unter der dänischen Herrschaft durch den Oberpräsidenten v. Scheele außer Kraft gesetzte altholsteinische Zunsteinrichtung wieder ins Leben gerufen haben, durch die den Leuten das Brot vertheuert wird.

Wir hören hier von neuen Schriften, die im Interesse der augen- stenburgischen Ansprüche versucht werden, um Preußen noch in der letzten Stunde für Zugeständnisse an den Erbprinzen zu gewinnen. Natürlich werden jetzt Bedingungen genannt, die mit den früheren auf das Erbfolgerecht gestützten Forderungen nur wenig gemein haben.

[Die vorläufige Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Österreich] hat gestern noch nicht erfolgen können, und es stellen sich derselben auch im Augenblick noch eine Reihe kleiner Hindernisse formeller Natur entgegen. Der Abschluß wird dadurch indes keineswegs in Frage gestellt, sondern nur aufgehalten. Wie wir hören, dürfte die Unterzeichnung in 8 bis 10 Tagen bestimmt erfolgen.

[Wegen der Wahl des Herrn v. Lettau] im heiligenthal-preußisch-erlauer Kreise sollen sich wieder sehr starke Bedenken erheben. Es sollen zwei Wahlmänner, die bereits aus dem Kreise verzogen waren, trotz ihres Protestes, zur Wahl herangezogen sein, mitgezählt, und zwar für Herrn v. Lettau gestimmt haben, dessen Mehrheit nur eine Stimme betrug. Im Falle sich dies bestätigen sollte, würde die abermalige Verwerfung der Wahl zweifellos sein.

[Auf der Candidatenliste des 4. Berliner Wahlbezirks] für die Erstwahl in Stelle Temmes stehen die Namen: Assessor Kaske, Commercierrath Schiemoneck, Redacteur Dr. G. Weiß, Prof. Märker, Prof. Spiller. — Am Freitag Abend soll Vorwahl stattfinden.

[Schlesische Eisenbahnarbeiter.] Seit einiger Zeit passieren wieder fast täglich starke Transporte schlesischer Eisenbahnarbeiter hier durch, die sich zum Bau der neuen Bahnen nach der Provinz Sachsen begeben.

[Der Erblandhofmeister Graf Schaffgotsch] hat 60 Combattanten, welche einer Badekur bedürfen, freie Unterkunft und Verpflegung in seinem Badehospiz zu Warmbrunn angeboten, was das Militär-Debito-departement des Kriegsministeriums durch ein Schreiben vom 2. d. M. allen General-Commandos mittheilt, damit diese die passenden Leute auswählen. Dieselben sollen neben den für den Transport geltenden Bestimmungen auch die ihnen zustehende Kompetenz an Löhnung und Brodtge erhalten.

[Beschlagnahme.] Die heutige Nummer der „Oder-Zeitung“ ist wegen des Leitartikels „Neue Enthüllungen“, welcher gegen die §§ 100 und 101 des Strafgesetzbuches verstößen soll, mit Beschlag belegt.

[Gumbinnen, 8. März. Kommune und Regierung. — Steuer- verweigerung.] Die königl. Regierung forderte von der Stadt die An- schaffung zweier großer Schlauchsprüzen und zu jeder 100 Fuß Schlauch,

Raderkusen rc. Die Stadtoberordneten-Versammlung setzte zu dem Behuf 800 Thlr. auf den Etat, wogegen nichts erinnert wurde. Um dem Berliner den tönl. Regierung zu entsprechen, schlug der Magistrat der Stadt-oberordneten-Versammlung vor, eine große Spritze für circa 500 Thlr. und eine kleinere für 170 Thlr. zu beschaffen mit Rücksicht auf die dazu im Etat bewilligten Mittel. — Da die königl. Regierung aber schon vorweg die kleineren Spritzen für den städtischen Gebrauch unzulänglich erklärt hatte, die Stadt-oberordneten-Versammlung aber ein Mehreres in diesem Jahre den Einwohnern nicht auferlegen zu dürfen glaubte, so beschloß dieselbe, so jetzt nur eine Spritze für 500 Thlr. zu beschaffen und der Magistrat bestellte solche mit 50 Fuß Schlauch in Berlin — 100 Fuß Schlauch sind hier in Gumbinnen bestellt und bereits geliefert. — Die königl. Regierung blieb aber bei ihrem Verlangen von zwei Spritzen stehen, nahm den Magistrat in 15 Thlr. Ordnungsstrafe und verfügte darüber die Execution auf 500 Thlr. als den Betrag der Kosten für die zweite Spritze und 50 Thlr. für die noch fehlenden 50 Fuß Schlauch durch den Kreis-Landrat, setzte auch noch fest, daß etwaige Beschwerde gegen die Ausführung der executiven Maßregel nicht behindern sollen. Wiewohl nun gegen diese Verfassung sofort Beschwerde beim königlichen Oberpräsidium eingelangt und solches auch dem Herrn Landrat, wie der königl. Regierung angezeigt ist, forderte der letztere den Magistrat doch auf, binnen 8 Tagen 550 Thlr. an die Regierungs-Hauptkasse einzuzahlen und erschien nach Ablauf der Frist heute, um die Pfändung vorzunehmen. Vergleichlich protestierte der Magistrat gegen dieses ganz außergewöhnliche Verfahren, der hr. Landrat ließ das Kassen-Gewölbe durch einen Schlosser öffnen und entnahm daraus die 550 Thlr.

Auch in dem hiesigen Kreise haben mehrere Gutsbesitzer, namentlich die Herren Buttler-Marienhöhe und Käswurm-Püspern dem betreffenden Landratsamt angezeigt, daß sie sich zur Zahlung der von ihnen erforderten Gebäudesteuer nicht für verpflichtet halten können, so lange nicht den Bestimmungen der Verfassung entsprechend ein Etats-Gesetz zu Stande gekommen ist. Ihre Weigerung haben sie ganz in derselben Weise begründet wie die Herren Frenzel und Reitenbach.

(Pr. Lith. Bzg.)

[Danzig, 8. März. Marine.] Gestern trafen, wie die „Wespr.“ Ztg. meldet, vier Eisenbahn 340 Seidenstielsgäste von der Flotte aus Kiel hier ein, wurden auf dem Kasernenschiff „Barbarossa“ ausgekleidet und heute in die Heimath entlassen. Die Gesellschaft Penn und Son in England, welche die Maschine für das Kuppelschiff „Arminius“ lieferte, hat den Maschinen-Ingenieur Bouding, welcher früher bei der königlichen Marine angestellt war, bereits zur Überführung dieses Schiffes nach Danzig engagiert.

Ö sterreich.

[Wien, 8. März. Weisung an den Grafen Karolyi.] Die „N. fr. Pr.“ schreibt: Der Inhalt der am Sonntag Abend nach Berlin abgegangenen kurzen Weisung an den Grafen Karolyi dürfte in den folgenden Sätzen erschöpfend bezeichnet sein:

„Österreich ist bereit, mit Preußen eine vorgängige, eine der definitiven Lösung der Herrschafts- und Rechtsfrage voranzustellende Verständigung einzugehen über dessen Stellung zu den staatlich zu constituirenden Herzogthümern; Österreich ist auch bereit, und zwar ohne für sich etwas in Anspruch zu nehmen, obgleich durch Krieg und Frieden in den Ansprüchen an die Herzogthümer gleichgestellt und vollkommen gleichberechtigt, in Bezug auf jene Stellung Preußen den Vorzug einzuräumen. Aber dies doch nur unter der Voraussetzung, daß die Ansprüche Preußens die bundesmäßige Grenze nicht überschreiten und der neu zu bildende Staat mit den übrigen Bundesstaaten prinzipiell gleichberechtigt in die deutsche Gemeinschaft eintreten kann. Anträge, welche sich innerhalb dieser Voraussetzungen bewegen, wird die österreichische Regierung mit lebhaftem Interesse entgegennehmen, so wie einer sorgsamen und wohlwollenden Prüfung unterzuhören. Bedauerlicherweise entsprechen die am 23. Februar gemachten Vorschläge jenen Voraussetzungen in keinem Punkte, entfernen sich vielmehr so weit wie möglich von denselben, denn ihre Durchführung würde zur Herstellung eines preußischen Schutzmacht-Verhältnisses in den Herzogthümern führen. Hierzu kann aber Österreich in Rücksicht auf seine eigene Stellung und seine Pflichten gegen den Bund die Hand nicht bieten.“

Damit also wäre die diplomatische Formel gefunden, ohne Preußen entgegenzutreten, ohne die Fortsetzung der Verhandlungen den beiden zu entziehen, die preußischen Forderungen abzulehnen. Es sind heute allerlei Gerüchte verbreitet. Herr von Bismarck, heißt es, habe bereits neue Vorschläge in petto, und hier will man zunächst die Wirkung der österreichischen Rückäußerung in Berlin abwarten, und glaubt durch den faktischen Mitbesitz der Herzogthümer gegen jeden Lösungsversuch Preußens ohne Österreichs Zustimmung genügend Sicherheit zu sein. Inzwischen schreitet Preußen zur Ausführung der von Wien aus abgelehnten Forderungen, wie dies die Nachricht der „Nord. Allg. Z.“, daß Kiel und Hörupphäf zu Höfen der preußischen Marine eingerichtet werden, bereits andeutet.

werbe Maximilian unter keinerlei Umständen im Stiche lassen, da es sich zugleich um die französische Waffenherrschaft hande. Nun scheinen die Dinge in Mexico eine solche Wendung zu nehmen, daß Marschall Bazaine die Notwendigkeit einer neuen Verstärkung seiner Truppen geltend gemacht hat. Die Truppen, über welche der neue Kaiser von Mexico verfügt, sind nicht hinreichend. Die 8000 Österreicher, die er hat, werden allgemein gepriesen als kräftige, wohldisziplinierte, durch und durch brauchbare Leute, dagegen hält man von der belgischen Legion, die ungefähr 1000 Mann stark ist, sehr wenig und noch weniger von der Fremden-Legion.

[Der Vertrag mit Annam.] Der „Courrier du Saigon“ vom 20. Januar zeigt nun auch amtlich an, daß der Vertrag mit dem anomistischen Hofe vom Kaiser Napoleon nicht ratifiziert wurde. Der Aubaretsche Entwurf, sagt er hinzu, sei durch unzulässige Ansprüche zernagt worden, indem dieser Hof die französische Souveränität über die sechs wieder abgetretenen Provinzen nicht habe anerkennen wollen, auch allerlei Kniffe und Pfiffe zur Beschränkung der Verkehrs freiheit und des französischen Handels in diesen Provinzen erdacht habe. Daher habe Herr Aubaret dem so entstehenden Entwurf die Unterschrift versagt. Das Amtsblatt der Kolonie fügt hinzu, die Rhône von Saigon sei sehr belebt und im vergangenen Jahre hätten an die 50 Schiffe Reis geladen, da in anderen Ländern die Reisernte überall nicht ausgiebig genug ausgefallen sei.

[Aus Japan] bringt das „Pays“ Nachrichten vom 30. Dez., wonach der Mikado, welcher während einiger Zeit dem europäischen Einfluß Widerstand leistete, endlich den Vertrag von Simonosaki anerkannt hat. Frankreich hat vom weltlichen Herrscher eine neue Gebiets-Concession bei Yokohama erlangt, und man legt dort Werkstätten, Magazine und ein Hospital an. Eine Commission von Offizieren, die den europäischen Flotten angehören, hat das innere Meer besichtigt und den Hafen von Simonosaki als den wichtigsten bezeichnet, der dem Handel zu öffnen wäre. Die Regierung des Taikun hat bereits den Mächten die Befugnis gegeben, Consular-Agenten dort einzusezen.

Großbritannien.

E. C. London, 7. März. [In der gestrigen Unterhaus-Sitzung] wurde eine von Bentinck beantragte Resolution, dahin lautend, daß es „wegen des häufigen Vorkommens und der zunehmenden Zahl von Eisenbahn-Unfällen und in Ermangelung jeder Macht der Executions-Regierung, zur besseren Verhinderung derselben einzuschreiten, wünschenswert ist, dem Handelsministerium oder irgend einer anderen Regierungsbehörde durch Parlamentsakte die Befugnis zu ertheilen, eine Untersuchung der Eisenbahn-Unfälle anzustellen, Zeugen eidlich zu vernehmen und im Interesse der Sicherheit und Bequemlichkeit der Reisenden Regulationen zu erlassen“, ohne Abstimmung verworfen. Im Subsidien-Comite legte Lord C. Paget das Flotten-Budget vor. Die von der Regierung verlangte Anzahl von Mannschaften beträgt 69,750 Mann, d. h. 2200 Mann weniger als im vorigen Jahre, die zu bewilligte Geldsumme 10,392,224 £, d. h. 316,000 £ weniger, als im vorigen Jahre.

[Englische Truppen in Indien.] Einem amtlichen Berichte aufs folge stehen gegenwärtig in Indien 68,336 Mann europäischer Truppen, abgerechnet die Offiziere; 114,833 Mann eingeborener Truppen, nämlich 17,490 Mann Cavallerie, 2052 Mann Artillerie, 95,291 Mann Infanterie; 154,345 Mann eingeborener Polizei, 5445 Mann sonstiger eingeborener organisirter Mannschaften und 14,347 Mann der Contingente eingeborener Fürsten. Im Ganzen also 68,336 Mann europäischer Truppen, 289,060 Mann eingeborener Truppen und Polizeimannschaften.

[Zur Bewaffnung.] Die Regierung hat beschlossen, in der ganzen Cavallerie Carabiner nach dem Hinterladungs-System einzuführen, und zwar ist der von Westley Richards konstruirte Carabiner als die allgemeine Waffe gewählt worden.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 9. März, Nachts. [Unterhaus.] Auf Maquires Interpellation erwiederte Palmerston: Der brasilianische Commandirende versprach dem englischen Gesandten die mögliche Schonung des ausländischen Privateigentums in Montevideo. England intervenierte nicht, die Kriegsführung ist leider inhuman.

Auf Cecils Interpellation erwiederte Layard: Die amerikanische Regierung verlangte keinerlei Entschädigung von England für Kapereien conföderirter Kriegsschiffe.

(Wolff's T. B.)

Kopenhagen, 9. März. In der heutigen Sitzung des Reichsrathssolkethings wurde in der Grundgesetzfrage ein von Niemestad Namens des Centrums gestellter Vermittlungsantrag angenommen und darauf der modifizierte Grundgesetzvorschlag mit 77 Stimmen dem gemeinsamen Ausschusse beider Häuser des Reichsrathes überwiesen.

Breslau, 10. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Offenegasse Nr. 17 circa acht Pfund unzureinigte Rosshaare und ein Drillisch-Sack, gezeichnet W. G.; Riechstrafe Nr. 63 drei Männer- und drei Frauen-Hemden; Karlsplatz Nr. 3 ein neues blauwollenes Kleid mit grünen Streifen; Siegelgasse Nr. 4 zwei Frauen-Unterröcke von Parchent, zwei Bettlacher, gezeichnet W. M., und ein Paar Zeugschuhe mit Gummitzug und gelben Schnallen. (Pol. Bl.)

○ Liegnitz, 8. März. [Schaffschau.] Heute früh um 9 Uhr fand unter Vorh. Sr. Excellenz des Hrn. Grafen von Burghaus eine Versammlung der Schau-Theilnehmer im Saale des Rautentanzes statt. Gegegenstand der Tagesordnung war namentlich die Frage über Ort und Zeit der nächsten in Schlesien zu veranstaltenden Schaffschau. Die Beschlusstafel ging dahin, daß für das Jahr 1867 die Schaffschau in Breslau zwar stattfinden, daß aber unter allen Umständen der bisherige Charakter der Wandschau für die Provinz Schlesien aufrecht erhalten werden soll. Der so gefasste Beschluß hat die entschiedene Majorität aller Schaffsüchter hinter sich, und es wurde eben so entschieden den größten Theil derselben verlegt haben, wenn man die Schaffschau ein für allemal in Breslau fixiren wollte.

Im Uebrigen war der heutige Schautag von dem ungünstigsten Wetter begleitet. Dichte Schneeflöden fielen fast den ganzen Tag über herab; der Boden war beinahe grundlos. Daher mag es gelommen sein, daß die Ausstellung heute weit weniger besucht war, als am vorhergegangenen Tage.

Doch war der Besuch immerhin noch ein ziemlich zahlreicher. Nach

beendeter Schau fanden mehrere Auktionen von theils ausgestellten, theils nicht ausgestellten Thieren statt. — Im Allgemeinen darf wohl behauptet werden, daß die Schaffschau im Ganzen und Großen zur Zufriedenheit aller Betheiligten ausgefallen ist, und daß jeder Einzelne einen guten Eindruck von hier mitgenommen hat. — Den materiellen Gehalt der Schaffschau anlangend, so können wir nur hierbei kurz die selbst vernommenen Worte von Autoritäten, wie Geh. Rath Menzel, Director Settegast, Director Seiffert und Graf v. Burghaus wiederholen, wonach diese letzte Schau im Großen und Allgemeinen wahrhaft Muster-Exemplare von Schafen in den verschiedensten Rassen vorgeführt hat und daß eben so, gegenüber den bereits vorangegangenen Schaffschauen, hier ein ungleich größerer Fortschritt zum Besseren und Edleren unverkennbar hervorgetreten ist. So möge denn auch aus der dritten, und zwar diesmal schon internationalen, Schaffschau zu Liegnitz das goldene Blieb Schlesien immer mehr und mehr Bewunder und Anerkennung gefunden haben, und so zum Segen und Vortheil der streb samen und unermüdlichen Schaffsüchter gereichen.

○ Slogan, 10. März. Eine eigenthümliche Erscheinung. — Thorwalds. Der alte Erfahrungstafel, welcher auf den statistischen Zusammenstellungen Debergie's (pag. 107) beruht, daß bei den in Kohlendunstvergütungen, wenn diese verschiedenen Geschlechts sind, die männlichen

nicht die weiblichen Personen, zuerst zum Sterben kommen, hat sich in folgendem Falle auch an Vogeln bestätigt. In der Wohnung eines hiesigen Arbeiters waren dessen Kinder in Folge der Einatmung von Kohlendampf erkrankt und von zwei in einem und demselben in der Nähe des Fensters hängenden Bäuer sich befindlichen Kanarienvögeln das Männchen gefordert, während das Weibchen gar nicht gelitten hat und sich noch jetzt des bestens Wohlbefindens erfreut. Die Leiche des Männchens ist in der Expedition des „Niederschl. Anzeigers“ zur Verfügung derjenigen niedergelegt, welche sich nach Hoppe von der helleren oder dunkleren Blutfarbe Überzeugung veranlassen wollen. — Auf Grund der bekannten allerhöchsten Verordnung hat die hiesige Commandantur angeordnet, daß vom 16. d. M. ab die sämmtlichen Thiere der Festung auch während der Nachtzeit vollständig gefangen bleiben.

— ch = Oppeln, 9. März. [Personalien.] Am 1. April d. J. verläßt Herr Staatsanwalt Giehlom in Folge seiner Versezung nach Stettin den hiesigen Ort. Ueber seinen Nachfolger ist bis jetzt noch nichts bekannt. (In ihm verliert auch die hiesige philomatische Gesellschaft ihr vorragendes Verstandssorgan). — Wie wir so eben vernehmen, ist dem Landrat, Herrn Hoffmann hier selbst von dem König von Württemberg das Ritterkreuz des württembergischen Kronenordens verliehen worden. Der gedachte Orden verleiht den württembergischen persönlichen Adel.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Der Barometerstand bei 0 Grad.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 9. März 10 U. Ab.	329,71	0,0	W. 1.	Trübe.
10. März 6 U. Mrg.	329,97	-1,4	W. 1.	Trübe.

Breslau, 10. März. [Wasserstand.] O.-P. 15 J. 11 J. U.-P. 3 J. 3 J. Eisstand.

Auswärtiger amtlicher Wasser-Mappo.

Am Pegel zu Ratibor stand das Wasser der Oder den 9. März, Nachmittags 4 Uhr, 7 Fuß 2 Zoll. — Nach eingegangenen Nachrichten steht das Eis bei Doeberg.

London, 6. März. [Biebmäkt.] Die Gesamtzufuhr von fremdem Vieh in voriger Woche betrug 5465 Stück, nämlich 1655 Stück Hornvieh, 2225 Schafe, 284 Kälber und 1301 Schweine.

Zum heutigen Markt war eine starke Zufuhr fremden Viehes eingetroffen; das Hornvieh kam meistens von Belgien, Frankreich, Holstein, Ungarn und der Schweiz. Von den französischen Ochsen zeigten manche eine ausgezeichnete Conditon und bedangen hohe Preise. Das Angebot von fremden Schafen und Kälbern war nur mäßig.

Die Antritt von einheimischem Hornvieh war nicht stark, und die Qualität meistens nur mittelmäßig. Der Handel darin war ziemlich schwerfällig und Preise stellten sich gegen vorigen Montag 2 d. pr. 8 Pf. niedriger. Die Zufuhr von englischen Schafen zeigt eine Zunahme. Beste Ware stand guten Absatz zu rollen Preisen, sonst war der Handel zu 2 d niedrigeren Raten flau. Kälber hatten langsame Absatz zu leichten Raten. Schweine waren begeht und voll behauptet.

Gesamt-Zufuhr: 4250 Stück Hornvieh, 18,790 Schafe, 174 Kälber, 370 Schweine. Fremde Zufuhr: 1430 Stück Hornvieh, 2840 Schafe, 163 Kälber, 100 Schweine.

Vergleich Markt-Preise für Hornvieh 3 s 6 d bis 5 s 2 d, Schafe 4 s 6 d bis 6 s 6 d, Kälber 4 s 6 d bis 5 s 8 d, Schweine 3 s 6 d bis 4 s 10 d.

Hamburg, 8. März. [Biebmäkt.] An den Markt gebracht wurden 428 Stück großes Hornvieh, wovon 140 Stück unverlaufen blieben. Preis 30—46 Mt. per 100 Pf. — Ferner waren am Markt 1635 Hammel, von denen 465 Stück unverlaufen blieben.

Schweinehandel mittelmäßig. An den Markt gebrachte 1899 Stück wurden verkauft. Preis innerhalb der Accise 34—38 Mt. per 100 Pf. außerhalb der Accise 32—36 Mt. per 100 Pf. — Kälberhandel mittelmäßig. An den Markt gebrachte 263 Stück wurden verkauft. Preis 45—50 Mt. per 100 Pf.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 9. März, Nachm. 3 Uhr. Die Rente begann zu 67, 80, wich in flauer Haltung auf 67, 62½, hob sich, nachdem bekannt geworden, daß die Bank den Diskont herabgesetzt, auf 67, 65 und schloß hierzu in matter Stimmung. Die Diskontherabsetzung blieb fast ohne Wirkung. Consols von Mittags 1 Uhr waren pr. April 89% gemeldet. Schluss-Course: 3 pr. Rente 67, 65. Italien 3 pr. Rente 64, 95. 3 pr. Spanier — 1 pr. Spanier. — Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 413, 75. Credit-Mobil-Aktien 865, —. Com. Eisenbahn-Aktien 45, 25.

Die Bank von Frankreich hat den Diskont auf 3½ p.C. herabgesetzt.

Paris, 9. März, Abends. Nach dem jœden erschienenen Banfausweis haben sich vermehrt: der Baarborrath um 29%, die Bortschäfe auf Wertpapieren um 2% und die Rednung der Privaten um 4% Mill. Fr. Dagegen haben sich vermindert: das Portefeuille um 25% und die laufende Rednung des Schates um 2% Mill. Fr. Der Notenumlauf ist unverändert geblieben.

London, 9. März, Nachm. 4 Uhr. Wetter falt. Consols 89. 1 pr. Spanier 40%. Sardinier 77. Mexikaner 25%. 5 pr. Außen 89%. Neue Außen 88%. Silber 61%. Türk. Consols 52%. 6 pr. Ver. St.-Ahl. pr. 1862 53%.

London, 9. März, Abends. Der heutige Banfausweis ergibt einen Notenumlauf von 19,83, 930 (Abnahme 102,355), einen Baarborrath von 14,788,67 (Abnahme 42,760), und eine Notenreserve von 8,729,600 (Abnahme 1645) Pf. St.

Wien, 9. März, Nachmittags 2 Uhr. Die Börse schloß beliebt. — Schluss-Course: Sprozent. Metalloques 71, 70. 1854er Loos 28, 25. Bant-Aktien 801. Nordbahn 182, 50. National-Anteile 78, 50. Credit-Aktien 183, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 197, 70. Galizier 224, —. London 112, 40. Hamburg 4, 20. Paris 44, 65. Böh. Westbahn 162, 75. Creditloose 129, 75. 1860er Loos 93, 10. Lombard. Eisenbahn 245, 50.

Frankfurt a. M., 9. März, Nachmittags 2½ Uhr. Österreichische Eisenen still. Amerikaner lebhaft und fest. Schluss-Course: Wiener Wechsel 104%. Ausland. Auktion 84%. Neue 4½%. Finnland. Pfandsbriefe 83%. 6% Vereinigte Staaten-Ahl. pr. 1862 55%. Österreich. Bank-Anteile 841. Österreich. Credit-Aktien 192%. Darmst. Bant-Aktien 237%. Österreich. Staats-Eisenbahn —. Österreich. Elisabet-Bahn 118. Böh. Westbahn 72%. Rhein-Nahebahn 32. Ludwig-Bahn 148%. Hess. Ludwigsbahn 136. Darmst. Rettei-Bank 260%. 1854er Loos 76½. 1860er Loos 83%. 1864er Loos 91%. Österreich. Nat.-Ahl. 68%. 5 pr. Metall. 63. 4½ pr. Met. ill. 55%.

Hamburg, 9. März, Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast doch ruhig. Geld knapp. Finnlandische Pfandschäfe ansangs 82%, schloß bei lebhaftem Geschäft 82½ Pf. — Feuchte Luft. Schluss-Course: National-Anteile 69%. Österreich. Bant-Aktien 81%. Vereinsbank 106%. Nordb. Bank 115%. Rheinische 110%. Nordbahn 79%. Finnland. Pfands. 83%. Darmst. Aktien 801. Nordbahn 182, 50. National-Anteile 78, 50. Credit-Aktien 183, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 197, 70. Galizier 224, —. London 112, 40. Hamburg 4, 20. Paris 44, 65. Böh. Westbahn 162, 75. Creditloose 129, 75. 1860er Loos 93, 10. Lombard. Eisenbahn 245, 50.

Frankfurt a. M., 9. März, Nachmittags 2½ Uhr. Österreichische Eisenen still. Amerikaner lebhaft und fest. Schluss-Course: Wiener Wechsel 104%. Ausland. Auktion 84%. Neue 4½%. Finnland. Pfandsbriefe 83%. 6% Vereinigte Staaten-Ahl. pr. 1862 55%. Österreich. Bank-Anteile 841. Österreich. Credit-Aktien 192%. Darmst. Bant-Aktien 237%. Österreich. Staats-Eisenbahn —. Österreich. Elisabet-Bahn 118. Böh. Westbahn 72%. Rhein-Nahebahn 32. Ludwig-Bahn 148%. Hess. Ludwigsbahn 136. Darmst. Rettei-Bank 260%. 1854er Loos 76½. 1860er Loos 83%. 1864er Loos 91%. Österreich. Nat.-Ahl. 68%. 5 pr. Metall. 63. 4½ pr. Met. ill. 55%.

Hamburg, 9. März, Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast doch ruhig. Geld knapp. Finnlandische Pfandschäfe ansangs 82%, schloß bei lebhaftem Geschäft 82½ Pf. — Feuchte Luft. Schluss-Course: National-Anteile 69%. Österreich. Bant-Aktien 81%. Vereinsbank 106%. Nordb. Bank 115%. Rheinische 110%. Nordbahn 79%. Finnland. Pfands. 83%. Darmst. Aktien 801. Nordbahn 182, 50. National-Anteile 78, 50. Credit-Aktien 183, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 197, 70. Galizier 224, —. London 112, 40. Hamburg 4, 20. Paris 44, 65. Böh. Westbahn 162, 75. Creditloose 129, 75. 1860er Loos 93, 10. Lombard. Eisenbahn 245, 50.

Frankfurt a. M., 9. März, Nachmittags 2½ Uhr. Österreichische Eisenen still. Amerikaner lebhaft und fest. Schluss-Course: Wiener Wechsel 104%. Ausland. Auktion 84%. Neue 4½%. Finnland. Pfandsbriefe 83%. 6% Vereinigte Staaten-Ahl. pr. 1862 55%. Österreich. Bank-Anteile 841. Österreich. Credit-Aktien 192%. Darmst. Bant-Aktien 237%. Österreich. Staats-Eisenbahn —. Österreich. Elisabet-Bahn 118. Böh. Westbahn 72%. Rhein-Nahebahn 32. Ludwig-Bahn 148%. Hess. Ludwigsbahn 136. Darmst. Rettei-Bank 260%. 1854er Loos 76½. 1860er Loos 83%. 1864er Loos 91%. Österreich. Nat.-Ahl. 68%. 5 pr. Metall. 63. 4½ pr. Met. ill. 55%.

Hamburg, 9. März, Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fast doch ruhig. Geld knapp. Finnlandische Pfandschäfe ansangs 82%, schloß bei lebhaftem Geschäft 82½ Pf. — Feuchte Luft. Schluss-Course: National-Anteile 69%. Österreich. Bant-Aktien 81%. Vereinsbank 106%. Nordb. Bank 115%. Rheinische 110%. Nordbahn 79%. Finnland. Pfands. 83%. Darmst. Aktien 801. Nordbahn 182,